

**SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 Wissen - Manuskriptdienst**

**Bürger an die Macht
Von Volksbegehren und Online-Protesten**

Autorin: Beate Krol
Redaktion: Anja Brockert
Regie: Iiris Arnold
Sendung: Donnerstag, 22. April 2010, 8.30 Uhr, SWR2

*Bitte beachten Sie:
Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt.
Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen
Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.*

*Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula
(Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in
Baden-Baden für 12,50 € erhältlich.
Bestellmöglichkeiten: 07221/929-6030*

Kennen Sie schon das neue Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

*Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen
Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen.
Mit dem kostenlosen Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die
zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert.
Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de*

*SWR 2 Wissen können Sie ab sofort auch als Live-Stream hören im SWR 2
Webradio unter www.swr2.de oder als Podcast nachhören:
<http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>*

Besetzung:
Sprecherin

Atmo – Compact-Aktion:

„Das sieht doch schon mal ganz gut aus. Geh du mal auf die Seite.“ (lacht) „Ich würde sagen, dass wir uns erst mal alle vor Frau Merkel verbeugen.“ „Das ist gut. Bevor die Musik anfängt, machen wir eine Verbeugung vor ihr ...“

Atmo:

Trommeln und Musik, Campact-Aktion

Ansage:

Bürger an die Macht. Von Volksbegehren und Online-Protesten. Eine Sendung von Beate Krol.

Atmo:

Computertastatur, Mausklicken

Sprecherin:

Pling. Eine E-Mail ist da. Der Absender: Campact, ein Bürgernetzwerk im Internet. Es wird wieder mal Zeit, politisch aktiv zu werden. In der Mail steht alles, was man dazu braucht: Zeit, Ort, Argumente. Ein Blick in den Kalender – es spricht nichts dagegen. Also auf zum Bundeskanzleramt. Auf zur Aktion „Tanz des Todes“. Den Ausstieg aus dem Atomausstieg retten.

O-Ton – Christoph Bautz:

Die Idee von Campact stammt aus den USA, dort gibt es das Netzwerk Move-on mit fünf Millionen Aktiven, die sich zusammengeschlossen haben 1998. Damals die Lewinsky-Affäre, wo ganz Amerika nur noch gesprochen hat über die Affäre von Bill Clinton und nicht mehr über Politik. Und da haben einige aus dem Silicon Valley gesagt: `Komm, lass uns wieder zur Politik zurückkehren. Move on, let's talk about politics again´. Und daraus ist ein Netzwerk entstanden, was auch gerade im Irak-Krieg sehr, sehr groß wurde und jetzt zu der ganzen Bandbreite politischer Themen aktiv wird, gerade bei der Gesundheitsreform, bei Klimagesetzen, wenn es darum geht, Widerstand gegen die Kohle-Lobby zu organisieren und so weiter.

Sprecherin:

Campact – das ist die deutsche Move on-Bewegung. Der Name setzt sich zusammen aus „campaign“ und „action“. Sich Campact anzuschließen ist einfach: Man ruft im Internet die Webseite auf und trägt sich in den Newsletter ein. Von da an versorgt einen das Team von Campact-Gründer Christoph Bautz fast wöchentlich mit Aufrufen zu politischen Aktionen, an denen man sich beteiligen kann. Mal mit einer digitalen Unterschrift, mal, indem man einen Politiker anruft. Wenn man Zeit hat und die Aktion draußen stattfindet, kann man natürlich auch hingehen. Ursula Peters, 76 Jahre alt, hat das gemacht.

Atmo:

Campact-Aktion

Sprecherin:

Die mehrfache Großmutter ist von der Vorstellung, dass die Laufzeiten der alten Atomkraftwerke wieder verlängert werden, überhaupt nicht begeistert. Das Campact-Netzwerk hingegen findet Ursula Peters großartig.

O-Ton – Ursula Peters:

Das ist die allerbeste Webpage, die ich kenne. Das sind mehrere Seiten und die sind so klug konzipiert. Zuerst ist ein sehr aufreißerisches Bild. Dann kommen die Tatsachen, was sie wollen, die persönliche Ansprache. Dann kommen „Bitte kommt, wir müssen jetzt“ und das trifft immer ganz aktuelle Sachen, die ganz kurzfristig auch

angeleiert werden. Und dann haben sie eine Mannschaft im Hintergrund, die sich sehr gut kennen, die phantastisch arbeitet.

Sprecherin:

Rund 220.000 Menschen haben den Newsletter von Campact derzeit abonniert. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl von Freiburg. Angesichts der gut 81 Millionen Menschen, die in Deutschland leben, ist das nicht die Welt. Vergleicht man die Zahl mit den Mitgliederstatistiken der Bundestagsparteien, sieht das schon anders aus. Dem gerade mal vier Jahre alten Netzwerk gehören fast halb so viele Menschen an wie der CDU. Auch die Höhe der Spenden ist beachtlich. 1,1 Millionen Euro gingen im vergangenen Jahr auf dem Campact-Konto ein. Sich auch zwischen den Wahlen in die Politik einzuschalten, ist vielen Menschen offenbar wichtig. Der Sozialwissenschaftler Dieter Rucht erforscht am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung soziale Bewegungen. Auch er stellt eine Zunahme der Bürgerproteste fest.

O-Ton – Dieter Rucht:

Die Möglichkeiten, sich zu artikulieren, die vergrößern sich ungemein. Und das Internet ist ein ganz wichtiger Faktor, weil es von seiner Kapazität praktisch unbegrenzt ist. Und damit haben wir dank dieser technischen Ebene eine Vervielfachung erst mal der Anliegen, die vorgetragen werden. Hinzu kommt, dass die großen politischen Lager, die Milieus sich zunehmend auflösen und ausdifferenzieren, wir haben eine Fragmentierung, eine Zersplitterung der sozialen Gruppen und Landschaft und es wird dann immer spezifischer sich organisiert und immer spezifischer fallen auch die Forderungen aus.

Sprecherin:

Der empörte Bürger ist auf dem Vormarsch. Allein in Berlin, als Hauptstadt erste Adresse für politische Proteste, gibt es jedes Jahr etwa 2.500 Aktionen. Auch die Zahl der Bürger- und Volksbegehren steigt. In Hamburg und Berlin, wo die gesetzlichen Bestimmungen für die so genannte direkte Demokratie gelockert wurden, machen die Bürger besonders häufig Gebrauch davon. Auch der Berliner Architekt Burkhard Entrup hat ein Volksbegehren initiiert: das so genannte Kita-Begehren, im Frühjahr 2008. Burkhard Entrup und seine Mitstreiter hatten sich darüber geärgert, dass es zwar ein tolles neues Kita-Bildungsprogramm gab, aber viel zu wenig Erzieherinnen, um es umzusetzen. Ihre Forderung: ein Kind weniger pro Erzieherin.

O-Ton – Burkhard Entrup:

Geärgert hat uns die Personalsituation in den Kindertagesstätten. Und das Schöne war zu der Zeit, dass die Gesetzgebung sich geändert hat bezüglich der direkten Demokratie und wir uns dann wirklich überlegt haben, da sich ja innerhalb der politischen Diskussion nichts verändert hatte und das auch nicht auf der Agenda war der einzelnen Fraktionen im Abgeordnetenhaus, dass wir uns doch zu dem Schritt durchgerungen haben, dieses Volksbegehren Kita zu initiieren im Landeselternausschuss und eben dann Aktive gefunden haben, die das auch wirklich durchgeführt haben.

Sprecherin:

Bildungssenator Zöllner hatte sich mit dem Kita-Programm erst in der Öffentlichkeit gebrüstet – doch dann blieb alles, wie es war. Ein aus der Politik leider allzu

bekanntes Phänomen. Hermann Heußner, Verfassungsrechtler an der Fachhochschule Osnabrück und Mitherausgeber des Buchs „Mehr direkte Demokratie wagen“ glaubt, dass sich auch deswegen so viele Bürger von der Politik und den Parteien abkehren. Und selbst wenn man in einer Partei sei, bewirke man wenig, meint Hermann Heußner.

O-Ton – Hermann Heußner:

Ich bin selber seit meinem 16. Lebensjahr in einer Partei aktiv und muss resignierend feststellen, obwohl ich da aktiv bin und versuche etwas zu bewegen, man als einzelnes Mitglied praktisch keinerlei Einfluss hat. Es sei denn, man ist bereit, sich auf die Ochsentour zu begeben durch die Instanzen sozusagen, das geht aber nur, wenn man überproportional viel Engagement rein steckt, was für einen Normalbürger unzumutbar ist.

Sprecherin:

An einem Volksbegehren kommen die Parteien hingegen nicht so leicht vorbei. Das hat auch der rot-rot regierte Berliner Senat zu spüren bekommen. 66.000 Wahlberechtigte hatten das Kita-Begehren im ersten Durchgang unterschrieben. Das waren dreimal so viele Unterschriften, wie Burkhard Entrup und seine Mitstreiter brauchten, um zur zweiten, entscheidenden Phase des Volksbegehrens zugelassen zu werden. Zwei Kombiwagen waren nötig, um die Kartons mit den Unterschriftenlisten zum Senat zu transportieren.

O-Ton – Burkhard Entrup:

Ganz praktisch folgte daraus, dass die Senatsverwaltung dann doch sehr schnell bemüht war, mit uns zu sprechen, und auch wir natürlich bereit waren in Verhandlung zu treten. Und dann ging es eigentlich recht schnell. Im Oktober hatten wir dann die Gespräche mit dem Bildungssenator Herrn Zöllner, um auszuloten, wo sind da die Grenzen und wo können wir uns wirklich treffen und haben den schon natürlich unsere Bereitschaft erklärt, dass wir für einen Stufenplan bereit sind.

Sprecherin:

Auch das Bürgernetzwerk Campact schafft es immer wieder, in die sonst so geschlossenen Politikerkreise vorzudringen. Dabei gehen die Organisatoren, von denen etliche Politikwissenschaft studiert haben, sehr strategisch vor. Die Aktion zum Verbot des Genmais „Mon 810“ beispielsweise startete Campact gleichzeitig mit dem bayerischen Wahlkampf 2008. Der damalige Verbraucherminister Horst Seehofer kämpfte nach dem dramatischen Stimmeneinbruch der CSU damals um jede Stimme. Auch um die der bayerischen Kleinbauern, von denen viele den Genmais ablehnen. Campact mobilisierte die Kleinbauern und heftete sich Horst Seehofer an die Fersen. Als Ilse Aigner ihn als Bundesverbraucherministerin ablöste, ging es weiter.

O-Ton – Christoph Bautz:

45.000 Menschen haben Postkarten unterzeichnet, wir haben die überreicht, bei ihr im Wahlkreis, da, wo sie auch besonders empfindlich ist, und da waren 300 Menschen an einem Montagmorgen, die sich alle sehr aufgeregt haben, typische CSU-Stammwählerschaft und dann sind wir überall, wo sie aufgetreten ist, hinterher gereist, hatten eine große Uhr dabei, wo stand `so und so viel Tage, so und so viel Stunden, Minuten, Sekunden verbleiben ihr, bis der Genmais auf die Felder kommt, Stichtag 15. April´ und haben gesagt. `bis dahin müssen Sie verbieten ´.

Sprecherin:

Am 14. April erließ Ilse Aigner das Verbot. Eine Entscheidung, die die traditionelle Gentechnik-Befürworterin ohne die Einmischung von Campact und die umfangreiche Berichterstattung in den Medien vermutlich nicht getroffen hätte. Natürlich ist längst nicht jede Campact-Aktion ein derartiger Erfolg. Etliche Forderungen des überparteilichen agierenden Netzwerks verpuffen einfach. Und manche Themen sind für das so genannte Online-Campaigning auch zu vielschichtig.

O-Ton – Christoph Bautz:

Wir können sehr gut politische Entscheidungsprozesse beeinflussen, die relativ wenig komplex sind, wo man in zwei, drei Sätzen kurz und knapp sagen kann: `Das ist das Problem. Das und das ist die Lösung. Und jetzt muss man handeln´. Bei komplexeren Themen wie Föderalismusreform II, wie die Details in der Gesundheitsreform, die auch ungeheuer wichtige Fragen sind, die unsere Gesellschaft sehr tiefgreifend verändern, oder auch die Schuldenbremse, da ist es doch sehr schwierig zu campaignen, weil man so viel erklären müsste, dass viele Leute sagen: `Hm, ich weiß nicht, ob ich mich jetzt wirklich dahinter stellen kann, blick da nicht ganz durch´ und entsprechend wenig Dynamik wird die Kampagne entwickeln.

Sprecherin:

Auch Volks- und Bürgerentscheide laufen in der Regel auf „Ja“-„Nein“-Entscheidungen hinaus. Deshalb haben viele Bedenken, die direkte Demokratie auszuweiten – und beispielsweise einen Volksentscheid auch auf Bundesebene einzuführen. Das gilt auch für die Bundeskanzlerin. In einer Rede beim Allensbacher Institut für Demoskopie im März 2010 erklärte Angela Merkel, dass es richtig sei, „dass wir in Deutschland eine repräsentative und keine plebiszitäre Demokratie haben“. Hingegen sprach sich der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, für Volksentscheide auf Bundesebene aus. Dieses Hin und Her ist nicht neu. Allerdings fällt auf, dass diejenigen, die gerade an der Regierung sind, eher gegen Volksentscheide auf Bundesebene sind, während die Oppositionsparteien dieses Instrument gut finden. Kein Wunder, meint Michael Efler vom Verein „Mehr Demokratie“. Auch er ist Politikwissenschaftler.

O-Ton – Michael Efler:

Ein großes Problem unserer real existierenden Demokratie sehe ich darin, dass es einen sehr starken Antagonismus zwischen Mehrheit und Opposition gibt. Wir haben ja nicht wirklich einen kooperatives Demokratieverständnis, sondern eine Mehrheitsdemokratie, wo die Opposition im Grund sehr macht- und zahnlos ist und schöne Anträge stellen kann, die aber zu 95 Prozent immer abgelehnt werden. Und auch dadurch wird jede Menge geistige Energie und Lösungspotential verschenkt. Und deswegen finde ich es schon richtig und wichtig sogar, dass eben Oppositionsparteien dann eben auch Volksbegehren starten können.

Sprecherin:

Auch die Campact-Aktionen werden immer wieder von Politikern als Bühne genutzt. Während der Anti-Atom-Aktion vor dem Kanzleramt taucht am Rande der Protestler plötzlich SPD-Chef Sigmar Gabriel mit seinem Bodyguard auf.

Die SPD hatte den Ausstieg aus der Atomenergie zusammen mit den Grünen durchgesetzt. Die amtierende schwarz-gelbe Regierung möchte ihn abschaffen. Für Gabriel birgt die Aktion auch eine Chance, in die Nachrichten zu kommen und die Regierung anzuschwärzen. Umgekehrt ist auch er in seiner Zeit als Umweltminister schon mal Ziel einer Campact-Aktion geworden. Damals ging es um Kohlekraftwerke. Ein Thema, dem Gabriel sich nicht so gerne stellen wollte.

O-Ton – Christoph Bautz:

Da ist die SPD sehr empfindlich und dann hat er ein paar Mal den Hintereingang genommen, sind wir auf den Kirchentag gegangen und dann war da ein Plenum mit 1.500 Menschen und die haben alle ein Plakat hochgehalten „Zukunft statt Kohle, Herr Gabriel“. Wir sind mit unseren 50.000 Unterschriften auf die Bühne gegangen und dann sah er sich gezwungen und hat gesagt: „Okay, ich nehme die Unterschriften entgegen und ich geb’ ihnen einen Termin“ und zwei Wochen später haben wir mit dem Minister zusammen gesessen und eine Stunde lang über Details durchaus eines neuen Gesetzentwurfes, den wir mit der Deutschen Umwelthilfe erarbeitet hatten, diskutiert.

Sprecherin:

Auch auf andere Weise kommen Bürger und Politik bei Campact ins Gespräch. Mal werden die Newsletter-Abonnenten aufgefordert, einen Brief an einen Abgeordneten zu schreiben, mal sollen sie im Ministerium anrufen. Telefonnummern und Adressen liefert Campact bei den Online-Aufrufen gleich mit. Und manchmal gibt es auch eine Liste mit Argumenten. Ist das nicht ein bisschen einfach? Ich greife zum Telefonhörer, lese vorformulierte Argumente ab und darf mich politisch nennen? Besser so, als sich komplett aus der Politik rauszuhalten, argumentiert Campact. Auch Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung sieht das nicht so streng. Er hat andere Bedenken.

O-Ton – Dieter Rucht:

Diese Aktionen haben zugenommen, nicht nur in der Vielfältigkeit der Anliegen, sondern es gibt höhere Unterstützerzahlen. Das zeigt sich auch beim Petitionsausschuss, wo immer mehr Sammelpetitionen und zwar per E-Mail auch reinkommen. Aber es bedeutet zugleich natürlich auch eine Art Inflationierungseffekt, die Aufnahmekapazität der einzelnen Abgeordneten, die wird ja nicht vergrößert. Und da wird’s wohl so sein, dass nur diejenigen, die sehr viele Unterstützer aufbringen oder die Anliegen haben, die eh schon innerhalb der Politik mehrheitsfähig sind, diese Anliegen werden dann eher aufgegriffen und die anderen werden rhetorisch abgepeist oder sie landen von vorneherein im Papierkorb.

Sprecherin:

Also immer mehr Wirbel für immer weniger Effekt? Ganz von der Hand zu weisen sind die Bedenken des Sozialwissenschaftlers nicht. Andererseits ist es immer ein Gewinn, wenn sich Menschen mit politischen Themen beschäftigen und sich eine Meinung bilden. Das sieht auch Marguerite Keck so. Die Berliner Wirtschaftspädagogin und ehemalige Berufsschullehrerin ist Mitglied im Vorstand der „Bewegungsstiftung“.

O-Ton – Marguerite Keck:

Das Leben ist ja nicht nur eine persönliche, private Sache, sondern es spielt sich ja in einem gesellschaftlichen Rahmen ab. Und da denke ich, ist es sehr wichtig, dass

man sich damit auseinander setzt – was ist das für ein Rahmen? – und dass man dann wenn ich sehe, dass eine bestimmte Entwicklung so ist, wie ich sie nicht gut finde oder umgekehrt mir etwas für die Gesellschaft wünsche, mich auch einsetzen kann dafür. Wenn viele Leute sich dafür einsetzen, egal in welcher Form, durch Handeln, durch Geld geben, dass dann eine Chance besteht, einen Einfluss zu nehmen. Jedenfalls kann man den Umkehrschluss machen, dass es keine Chance gibt, wenn alle sich verwalten lassen.“

Sprecherin:

Die „Bewegungsstiftung“, die vor acht Jahren gegründet wurde und ihren Sitz in Verden an der Aller hat, unterstützt soziale Bewegungen und Protestgruppen. Auch Campact hat in der Anfangsphase von der Stiftung Geld bekommen. Bedingung ist, dass die Arbeit der Gruppen die ethischen Grundprinzipien der Bewegungsstifter erfüllt. Dazu gehören laut Satzung soziale Gerechtigkeit, die Einhaltung von Menschenrechten, der Einsatz für politische Teilhabe und eine gerechtere Verteilung des Einkommens in der Welt. Die Bewegungsstiftung hat einen enormen Zulauf. 109 Stifter haben bereits Geld gegeben. Und dabei handelt es sich keineswegs um Peanuts: das Stiftungskapital beträgt rund 4,5 Millionen Euro. Tendenz steigend. Auch Marguerite Keck hat Geld gestiftet. Wie bei den meisten anderen Stiftern auch, stammt das Geld aus einem Erbe. Einer Partei hätte sie es nicht gegeben.

O-Ton – Marguerite Keck:

Also einmal ist mir das dann zu unklar, was daraus wird. Weil das so unglaublich kompromissbezogen ist. Ob man jetzt die Grünen zum Beispiel unterstützt, in der Phase, in der sie in der Opposition waren oder ob man sie unterstützt, in der SPD-Grünen-Regierung – das sieht ja dann jeweils schon ganz anders aus, weil die Politik sich teilweise auch verändert und so verändert, wie ich das eigentlich dann auch nicht immer begrüße. Während bei der Bewegungsstiftung, – wir haben Förderrichtlinien, die festlegen, nach welchen Kriterien Kampagnen- oder Basisförderung gemacht wird – und die kann ich voll und ganz unterstützen.

Sprecherin:

Tatsächlich häuft sich die Erfahrung, dass auf Parteiprogramme immer weniger Verlass ist – und auch das scheint die Bürgerproteste zu verstärken. In Hessen schwor die SPD vor der letzten Landtagswahl, dass es keine rot-rote Koalition geben würde. Als es für Rot-Grün nicht reichte, wollte Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti die Linke dann plötzlich doch. Im schwarz-grün regierten Hamburg führte der Koalitionszwang dazu, dass eine grüne Umweltsenatorin zum Entsetzen ihrer Wähler ein Kohlekraftwerk genehmigte. Auf der anderen Seite löste die CDU das dreigliedrige Schulsystem auf und brach damit ebenfalls ein zentrales Wahlversprechen. Dass CDU-Wähler daraufhin ein Volksbegehren gegen die eigene Partei initiierten – Verfassungsrechtler Hermann Heußner kann's verstehen. Er rechnet damit, dass so etwas in Zukunft noch häufiger passieren wird.

O-Ton – Hermann Heußner:

Früher konnte man davon ausgehen, es gibt bestimmte Milieus und für diese Milieus und gesellschaftlichen Gruppen gab's Parteien, die das repräsentiert haben, und die Mitglieder dieser relativ homogenen Milieus konnten auch guten Gewissens dann diese jeweiligen Parteien wählen, weil sie sich in diesem Parteiprogramm zu großen Teilen wiederfanden. Die Milieus haben sich aber aufgelöst, so dass man nicht mehr davon ausgehen kann: Die SPD vertritt die Arbeiterinteressen, weil es die Arbeiter

nicht mehr gibt. Und das gilt für die CDU und die FDP und für alle anderen Parteien auch, so dass Einzelfragen in den Vordergrund treten. Und im Hinblick auf Einzelfragen kann man in einer rein repräsentativen Demokratie keinen Einfluss nehmen.

Sprecherin:

Dabei haben die Initiatoren vergangener Volksbegehren durchaus Weitblick bewiesen. In Frankfurt am Main verhinderte ein Bürgerbegehren 2003 ein sogenanntes Cross-border-Leasing-Geschäft. Der Rat wollte die städtische U-Bahn an einen US-amerikanischen Investor verkaufen und anschließend zurück leasen. Inzwischen ist der Investor pleite und der Frankfurter Rat ist froh, dass er die U-Bahn behalten hat. In Berlin werden dank des Volksbegehrens 1.500 neue Erzieherinnen eingestellt. 84 Millionen Euro wird das die Stadt pro Jahr kosten. Geld, das Burkhard Entrup und die Unterzeichner des Kita-Begehrens für gut investiert halten. Aber auch persönlich habe ihm das Volksbegehren viel gebracht, meint der 52-Jährige.

O-Ton – Burkhard Entrup:

Man fühlt sich mehr integriert in der Gesellschaft. Und man versteht auch, wie die Gesellschaft funktioniert und wie die Politik funktioniert, das versteht man doch jetzt wesentlich besser und ist nicht so außen vor. Oder auch nicht so ohnmächtig. Man muss nur, ja, an dem richtigen Punkt ansetzen und es auch richtig gut vortragen und auch Mehrheiten finden dafür und dann, denke ich, ist das auch kein Problem wirklich etwas für die Kinder zu tun. Denn darum geht es ja.

Sprecherin:

Und was ist, wenn z.B. ausländerfeindliche oder extremistische Gruppen zum Mittel des Volksentscheids greifen, womöglich noch auf Bundesebene? Den Befürwortern der direkten Demokratie ist diese Gefahr bewusst. Genauso wie die parlamentarische Demokratie muss sich auch die direkte Demokratie an die Verfassung halten, sagt Hermann Heußner. Er hat als Auslandschweizer die Diskussion um das Minarettverbot intensiv verfolgt. Der Verfassungsrechtler stimmte gegen das Verbot.

O-Ton – Hermann Heußner:

Durch unsere so genannte Ewigkeitsgarantie im Grundgesetz sind fundamentale Grundsätze der Menschenwürde, der Grundrechte und der Staatsfundamentalprinzipien gesichert auch gegen große Mehrheiten. Auch gegen verfassungsändernde Mehrheiten. Das fehlt der Schweiz. Das würde aber, wenn wir das in Deutschland einführen, für die direkte Demokratie bestehen. Ich würde allerdings sogar noch ein bisschen weiter gehen und würde sagen, wir sollten dann direkte Demokratie auf Bundesebene so einführen, dass generell alle Inhalte ausgeschlossen werden, die gegen völkerrechtliche oder europarechtliche Verpflichtungen Deutschlands verstoßen würden.

Sprecherin:

Die oft beschworene Gefahr, dass aufgebrachte Bürger als Reaktion auf ein Verbrechen qua Volksentscheid die Todesstrafe wieder einführen, besteht also nicht. Auch Volksentscheide gegen Minderheiten würden von unserer Verfassung und dem Bundesverfassungsgericht nicht zugelassen.

Hat unsere Form der repräsentativen Demokratie vielleicht doch ausgedient? Wird die Macht der Parteien abnehmen und der Einfluss der Bürger steigen? Der Sozialwissenschaftler Dieter Rucht sieht diese Entwicklung kommen.

O-Ton – Dieter Rucht:

Grundlegend nicht in dem Sinne, als würden die Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Aber über den Effekt vieler kleinerer Schritte und Veränderungen und Verbesserungen kann dann doch längerfristig eine Art andere Republik entstehen. Eine Republik, die stärker bürgerbewegt ist, wo Entscheidungen weniger in Elitenkreisen fallen, bei gewählten Politikern, sondern eher von der Bevölkerung selbst auch beeinflusst werden. Ja, dieser Trend, den es sehr langfristig gibt, den halte ich für wahrscheinlich und den halte ich für wünschenswert.

Sprecherin:

Und was ist mit den Politikern? Sie könnten sich ein Stück Respekt zurück erobern, wenn sie den Bürgern mehr Mitsprache einräumen würden. Burkhard Entrup zumindest sieht die Arbeit der Politiker heute differenzierter als vor dem Kita-Begehren.

O-Ton – Burkhard Entrup:

Also ich habe natürlich schon jetzt sehr viel Verständnis auch gewonnen in diesem politischen Geschäft. Weil es natürlich schon schwierig ist, so Mehrheiten zu entwickeln und die einzelnen Ressorts, die es so gibt, entweder Bildung, dann Finanzen und dann wieder der Senat und die einzelnen Parteien und Fraktionen, das ist ja doch ein sehr schwieriges Geschäft und auch wahnsinnige Verflechtungen, viele Interessen kommen da zusammen. Aber ich finde es auch sehr schön, dass man dann doch etwas bewegen kann und ich denke, wenn das Thema ein gutes ist und nicht so viele Diskrepanzen sind, kann man auch etwas durchsetzen als Bürger. Und das ist doch sehr positiv.

Sprecherin:

Burkhard Entrup und seine Mitstreiter vom Kita-Begehren haben deshalb schon die nächsten Unterschriftenlisten parat. Diesmal geht es um die Nachmittagsbetreuung der Berliner Grundschulkinde. Auch da klaffen die Praxis und die offiziellen Bildungsvorgaben weit auseinander. Auch bei Campact und der „Bewegungsstiftung“ geht die Arbeit weiter. Stifterin Marguerite Keck muss sich von Halbjahr zu Halbjahr durch immer mehr Anträge arbeiten. Gleichzeitig tauchen die geförderten Initiativen immer häufiger in den Medien auf. Etwa die Berliner Gruppe LobbyControl, die aufgedeckt hat, dass in vielen Bundesministerien Angestellte aus großen Konzernen arbeiten. Von denen sie auch ihr Gehalt beziehen. Oder der ebenfalls über mehrere Jahre geförderte Bielefelder Verein „FoeBud“, der zahlreiche Fälle von Datenmissbrauch recherchiert hat. Mit der Verleihung des „Big Brother Awards“ gegen Datenkraken ist er zu einer allseits respektierten Institution geworden. Ohne die Anschubförderung der Bewegungsstiftung, die bis zu 70.000 Euro betragen kann, wären die Gruppen vermutlich nicht so weit gekommen. Campact hofft ebenfalls, weiter zu wachsen und Menschen verschiedener Weltanschauungen und Parteirichtungen dazu zu bringen, sich mit Politik auseinander zu setzen und gegen Entwicklungen, die man für falsch hält, zu protestieren. Dabei sollen die Bürger nicht mehr nur mitmachen, sondern selbst aktiv werden.

O-Ton – Christoph Bautz:

Dass wir zum Beispiel einen Politiker verfolgen und in zwei, drei, vier Städten das noch selbst organisieren und der Rest entsteht aus dem Campact-Netzwerk, das schreibt man an, dann und dann kommt der Politiker XY nach Nürnberg und dann werden Leute in Nürnberg aktiv, tauschen sich im Netz aus, haben dann ein Wiki, wo sie miteinander kommunizieren und dann wieder eine Aktion im realen Raum planen, wenn der Politiker dort wirklich aufschlägt. Und ich glaube, solche Konzepte, die sind zukunftsfähig, in die Richtung muss es gehen, also noch mehr bottom up, von unten her, von der Basis her auch das zu organisieren, so dass Campact sich vielleicht ein Stück weit zurück nehmen kann und die Campact-Aktiven die Aktionen organisieren.

Atmo:

Campact-Aktion

Sprecherin:

Vor dem Bundeskanzleramt erklingen die letzten Walzertakte. Der symbolische Totentanz von Angela Merkel mit der Atomkraftwerke-Lobby geht zu Ende. Die etwa 150 protestierenden Männer und Frauen rollen die Plakate ein, die Campact mitgebracht hat, und stellen die gelben Fässer zusammen. Die Bilder und Interviews sind im Kasten. Die großen Nachrichten-Agenturen und ein paar Fernseh-Journalisten waren da. Im Bundeskanzleramt nahm von der Aktion hingegen niemand Notiz. Das könnte sich am letzten Aprilwochenende ändern. Dann plant Campact zusammen mit etlichen anderen Protestgruppen die beiden pannengeplagten Atomreaktoren Krümmel und Brunsbüttel mit einer Menschenkette zu verbinden. Etwa 30.00 Menschen braucht es, um die 120 Kilometer lange Strecke zu überbrücken. Die Mails sind verschickt.

Atmo:

Pling

* * * * *